

Bezirksamtsvorlage Nr. 499

zur Beschlussfassung -
für die Sitzung am Dienstag, dem 20.02.2024

1. Gegenstand der Vorlage:

Einbringung einer Vorlage - zur Kenntnisnahme bei der Bezirksverordnetenversammlung zur Drucksache Nr. 0800/VI, Beschluss vom 25.05.2023 betrifft:

Unterstützung der Bewohnenden der „Pflege- und Wohnen Schillerpark“ in der Müllerstr. 56-58

2. Berichtersteller:

Bezirksstadtrat Spallek

3. Beschlussentwurf:

I. Das Bezirksamt beschließt die beigefügte Vorlage - zur Kenntnisnahme - betrifft „Unterstützung der Bewohnenden der „Pflege- und Wohnen Schillerpark“ in der Müllerstr. 56-58“ als Schlussbericht. Sie ist bei der Bezirksverordnetenversammlung einzubringen.

II. Mit der Durchführung des Beschlusses wird die Abteilung Soziales und Bürgerdienste beauftragt.

III. Veröffentlichung: ja

IV. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein

- a) Personalrat:
- b) Frauenvertretung:
- c) Schwerbehindertenvertretung:
- d) Jugend- und Auszubildendenvertretung:

4. Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

bitten wir, der beigefügten Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung zu entnehmen.

5. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:

Keine

6. Behindertenrelevante Auswirkungen:

Keine

7. Integrationsrelevante Auswirkungen:

Keine

8. Sozialraumrelevante Auswirkungen:

Keine

9. Auswirkungen auf den Klimaschutz:

Die BA-Vorlage hat voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz, da diese lediglich einen berichtenden Charakter besitzt.

10. Mitzeichnung(en):

Keine

Bezirksstadtrat Spallek

Vorlage - zur Kenntnisnahme - über

Unterstützung der Bewohnenden der „Pflege- und Wohnen Schillerpark“ in der Müllerstr. 56-58

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 25.05.2023 folgendes Ersuchen an das Bezirksamt beschlossen (Drucksache Nr. 0800/VI):

Das Bezirksamt wird aufgefordert,

1. sich an die für die Heimaufsicht zuständige Stelle im LaGeSo zu wenden und diese aufzufordern
 - a) sich an die Johannesstift Diakonie und das Paul-Gerhardt-Stift zu wenden und um eine Lösung des Konflikts um den künftigen Pachtzins zu bemühen, um eine Fortführung des Seniorenheims und die Rücknahme mindestens der Kündigungen zum 15.12.2023 zu versuchen;
 - b) falls das nicht gelingt, in Gespräche mit allen noch verbliebenen Bewohnenden zu treten, um diesen bei der Suche nach einem geeigneten Platz in einem anderen Wohnheim oder einer anderen Pflegeeinrichtung so weit wie möglich zu helfen;
2. sich an den Senat von Berlin zu wenden und diesen aufzufordern, sich um eine gesetzliche Begrenzung des weiter anhaltenden Anstiegs der Gewerbemieten zu bemühen, die nicht nur private Gewerbetreibende, sondern auch viele Einrichtungen der sozialen Infrastruktur in dieser Stadt zunehmend gefährdet.
3. den Senat weiterhin bei der Suche nach geeigneten Objekten für die Unterbringung von Geflüchteten in unserem Bezirk zu unterstützen.

Das Bezirksamt hat am 20.02.2024 beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes als Schlussbericht zur Kenntnis zu bringen:

Mit Zwischenbericht vom 21.11.2023 war zu Punkt 2 der obigen Drucksache mitgeteilt worden, dass sich das Bezirksamt mit einem Anschreiben (s. Anlage 1) an die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe (SenWEB) gewandt hat. Das

diesbezügliche Antwortschreiben der SenWEB vom 30.01.2024 (s. Anlage 2) wird nunmehr zur Kenntnis gegeben.

A) Rechtsgrundlage:

§ 13 i.V. mit § 36 BezVG

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

keine

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

Keine

C) Auswirkungen auf den Klimaschutz

Die BA-Vorlage hat voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz, da diese lediglich einen berichtenden Charakter besitzt.

Berlin, den .02.2024

Bezirksstadtrat Spallek

Bezirksbürgermeisterin Remlinger

